

A m e r i c a A l e r t

Informationsservice des Washingtoner Büros der FES

Ausgabe 1/2005 – 8. Februar 2005

Nach der Rede zur Lage der Nation der Budget-Entwurf der Bush-Administration für das Haushaltsjahr 2005/06

Nach der Rede des Präsidenten zur Lage der Nation mit der Ankündigung eines umfassenden Regierungsprogramms für die zweite Amtszeit folgt nun die haushaltspolitische Umsetzung und das Weiße Haus muss sich darauf gefasst machen, dass der Kongress trotz seiner Republikanischen Mehrheit nicht automatisch den Vorstellungen der Administration folgen wird. Es wird harte Kämpfe geben und ob sich Präsident **Bush** in allen Fällen durchsetzen kann, ist sehr die Frage. 2,57 Billionen Dollar soll der Bundeshaushalt für das Jahr 2005/06 umfassen und 427 Milliarden Dollar sind als Defizit eingeplant. Nicht einbezogen in die geplanten Regierungsausgaben für das neue Haushaltsjahr 2005/06 sind die Kosten für den Irak-Krieg und Afghanistan. Legt man den jetzigen laufenden Kostenaufwand zugrunde, muss dafür im nächsten Haushaltsjahr mindestens mit Kosten in Höhe von 37 Milliarden Dollar gerechnet werden, die zusätzlich finanziert werden müssen. Der jetzige Ansatz für das zu erwartende Defizit im nächsten Haushaltsjahr in Höhe von 427 Milliarden Dollar ist unrealistisch.

Die Verteidigungsausgaben sollen weiter erhöht werden: um 4,8 Prozent, was einer kumulativen Erhöhung der Verteidigungsausgaben um 38,6 Prozent allein während der letzten fünf Jahre entspricht. Ebenso sollen die Ausgaben für *Homeland Security* weiter steigen, um 7 Prozent im nächsten Haushaltsjahr. Aber auch das State Department wird mehr Mittel erhalten. Insgesamt werden für Diplomatie und Entwicklungshilfe mit insgesamt 38,4 Milliarden Dollar 15,7 Prozent mehr Mittel zur Verfügung stehen als im letzten Jahr.

Kürzungen müssen Wohnungswesen und Stadtentwicklung (11,5%), Landwirtschaft (9,6%), Verkehr (6,7%) und Umwelt (5,6%) hinnehmen. Insgesamt sollen 150 Programme gestrichen oder gekürzt werden, darunter die Wirtschaftsförderung auf lokaler Ebene mit 40 Prozent und die Subventionen für Amtrak (Schienenverkehr) sollen ganz entfallen. Die **Bush-Administration** will versuchen, auf diesem Wege insgesamt 20 Milliarden Dollar einzusparen. Harter Widerstand ist vor allem von amerikanischen Farmern zu erwarten und sie haben vor allem im Vorfeld der Kongresswahlen 2008 überdurchschnittlich großen Einfluss.

Schon im vergangenen Haushaltsjahr standen 65 Ausgabenprogramme mit Einsparungen in Höhe von 5 Milliarden Dollar auf der Streichliste. Tatsächlich umgesetzt wurden von diesen Streichungsvorhaben im Kongress nur ganze 292 Millionen Dollar. Es ist nicht damit zu rechnen, dass das 20 Milliarden Dollar-Einsparungsziel erreicht wird.

Zu erwarten ist auch, dass die geplante Reform von *Social Security* zu Konflikten innerhalb der eigenen Republikanischen Reihen führen wird. Auf konkrete Reformmaßnahmen bei *Social Security* hat sich die **Bush-Administration** bisher noch nicht festgelegt. Das ist sicherlich für das Weiße Haus von Vorteil, um eine frühzeitige Verfestigung von Widerstand gegen die geplante Reform zu vermeiden. Als Präsident **Clinton** seine große Gesundheitsreform vorschlug, scheiterte das Reformvorhaben damals unter anderem auch daran, dass sich in Anbetracht eines sehr konkreten und detaillierten Reformvorhabens den Widerstandskräften zahlreiche Angriffsmöglichkeiten boten. Präsident **Bush** könnte es jedoch mit der Reform von *Social Security* ähnlich wie **Bill Clinton** ergehen, zumal der Reformbedarf von *Social Security* in der amerikanischen Öffentlichkeit sehr viel weniger dringend empfunden wird, als der Präsident es in seiner Rede zur Lage der Nation darstellte.

Franklin D. Roosevelt hatte für seinen *New Deal* eine Mehrheit in der amerikanischen öffentlichen Meinung hinter sich. Ebenso konnte **Lyndon Johnson** für sein Programm der *Great Society* mit einem massiven Ausbau des Sozialstaats auf große Zustimmung in der Öffentlichkeit stützen. Ein ähnlicher Rückenwind für **George W. Bush** ist im Falle von *Social Security* nicht erkennbar. Im Gegenteil: der Reformdruck des Weißen Hauses stößt auf erhebliches Misstrauen und die vor allem von der *American Association of Retired People* (AARP) verbreitete Sorge vor einer Zerstörung der Grundlagen der amerikanischen Altersversicherung wird mehrheitlich geteilt. Viele Abgeordnete und auch die schon in zwei Jahren zur Wiederwahl anstehenden Senatoren (das Repräsentantenhaus zur Gänze sowie ein Drittel des Senats müssen 2008 neu gewählt werden) werden deshalb zunehmend unter Druck geraten, die geplante Reform **nicht** mitzutragen.

Als Sprecher der Demokraten zur Finanz- und Haushaltspolitik erklärte Senator **Kent Conrad** (D – North Dakota), dass der Haushaltsplan der **Bush-Administration** in Wirklichkeit höhere Defizite, höhere Schulden und eine falsche Prioritätensetzung bedeutet. Der Schuldendienst nimmt mit 211 Milliarden um 8,3 Prozent zu.

Auch diesmal steht zu erwarten, dass von den vom Weißen Haus zur Streichung vorgeschlagenen Programme viele im Kongress überleben werden mit der Folge, dass sich das amerikanische Haushaltsdefizit erheblich vergrößern dürfte. Präsident **Bush** hat nicht nur die Streichung von bestehenden Ausgabenprogrammen angekündigt, er hat in seiner Rede zur Lage der Nation auch neue eigene Ausgabenprogramme angekündigt:

- Verbesserungen im Schulwesen in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar.
- Erhöhung der Zahl der Stipendien für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen.
- Ausbau der beruflichen Bildung.
- Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf kommunaler Ebene.

Er steht vor einer schwierigen Situation. Alle seine Ziele zu erreichen ist so gut wie unmöglich. Zusätzliche Kriegskosten und neue Ausgabenprogramme zu finanzieren und gleichzeitig das Budget-Defizit bis zum Jahre 2009 um die Hälfte zu reduzieren, das wird nicht gehen. Das Jahr 2009 liegt aber jenseits der Reichweite seiner Präsidentschaft und das könnte der Rettungsanker für ihn sein, nicht jedoch für seinen Nachfolger.

Zur Wirtschafts- und finanzpolitischen Lage Amerikas siehe auch meinen Jahresbericht: **Politik als Mission. Die Agenda der zweiten Bush-Administration** (übersandt)

Das Budget 2005/06 kann auf der Website des Weißen Hauses abgerufen werden unter:
<http://www.whitehouse.gov/omb/budget/fy2006/budget.html>

Washington, 8. Februar 2005 (Dieter Dettke)